

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / April 2019  
18. Jahrgang



In Büchel lagern noch immer Atomwaffen: Protest für deren Abzug und Solidarität mit einer inhaftierten Aktivistin.  
Foto: Friedenskooperative, Marvin Mendyka

20 BOMBEN – 20 WOCHEN

## Auftakt der Aktionspräsenz Büchel 2019

**Berlin, den 26. März 2010, Parlamentssitzung.** Der Bundestag fordert die Regierung fraktionsübergreifend auf, für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel einzutreten.

**Büchel, den 26. März 2019, 11:58 Uhr.** Die Hiroshima-Glocke erklingt. Es ist ein kalter, windiger Märztag. Aktivist\_Innen der Kampagne „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt“ stehen am Fliegerhorst Büchel, um gegen die vermutlich letzten US-Atombomben, die in Deutschland stationiert sind, zu protestieren. Es sind auch viele junge Aktivist\_Innen der Jugenddelegation der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) und der Friedenswerkstatt Mutlangen gekommen. Sie werden an der diesjährigen Vorbereitung zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages in New York teilnehmen. „Das hier ist der gefährlichste Ort Deutschlands“, betont Arai von der Jugenddelegation. „Während in Berlin, Paris und Brüssel über Demokratie und Menschenrechte gesprochen wird, lagern dort, wo wir wohnen reale Atomwaffen – einsatzbereit!“

### SEIT 50 JAHREN IST NICHTS PASSIERT

Nächstes Jahr ist es bereits 50 Jahre her, dass der multilaterale UN-Atomwaffensperrvertrag (NPT) in Kraft trat. Ihm sind 190 Staaten

beigetreten. Sie verpflichteten sich, in „redlicher Absicht über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer Kontrolle Verhandlungen zu führen“. Seitdem geschehen ist: Nichts. Elke Koller von der Kampagne fordert daher: „Es ist zwei Minuten vor Zwölf, doch die Bundesregierung weigert sich, etwas gegen das nukleare Wettrüsten zu tun. Wir verlangen ein klares Signal für Abrüstung.“ Dies soll durch den Abzug der Atomwaffen in Büchel sowie dem Beitritt Deutschlands zum durch ICAN initiierten Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 geschehen. Dieser wurde von 122 UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Bisher haben ihn 70 Staaten unterzeichnet und 22 ratifiziert. 90 Tage nach der fünfzigsten Ratifizierung tritt er in Kraft.

Die Lage spitzt sich sogar weiter zu

Der Protest wird von einer bedrohlichen Entwicklung begleitet: Am 2. August hatte der US-amerikanische Präsident Donald Trump den INF-Vertrag aufgekündigt, ein seit 1988 bilaterales gültiges Abkommen zwischen den USA und Russland, welches das Verbot sowie die Vernichtung ihrer nuklear bestückten Mittelstreckenraketen (Intermediate Range Nuclear Forces) regelt. Die Atombombe wurde in Zeiten des Ost-West-Konfliktes machtpolitisch als nukleare Abschreckung mystifiziert. **weiter auf S. 3 →**

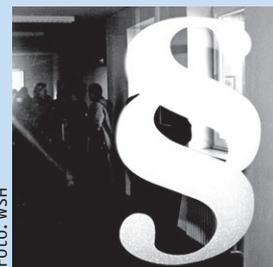
## IN DIESEM HEFT

Foto: Marvin Mendyka



Büchel steht im Fokus dieser Ausgabe. Zunächst der Auftakt der Aktionspräsenz und die Vorbereitung einer Jugenddelegation zur UNO. **Seiten 1 und 3**

Foto: WSH



Büchel steht auch im Fokus mit Blick auf laufende Gerichtsverfahren und eine Haftstrafe **S. 9 bis 10**

Foto: ICAN



Die Kündigung des INF-Vertrages ist Thema des Im Blick. **S. 5 bis 8**

Foto: Marvin Mendyka



Die Weltuntergangsuhr steht auf 2 vor 12. Anregungen zum Aktivwerden finden Sie auf den **Seiten 11 und 12**

**Liebe FriedensfreundInnen und -freunde,**  
in Büchel hat die diesjährige Aktionspräsenz begonnen. Ich war dabei, um die Jugenddelegation der Friedenswerkstatt und der Deutschen Friedensgesellschaft auf ihre Reise nach New York zur UNO vorzubereiten. Es war begeisternd, mit welchem Engagement sich die jungen Leute vorbereiteten und nun die Sache selbst in die Hand nehmen. Haben Sie sich schon überlegt, wann Sie nach Büchel gehen? Der Anfang der Aktionspräsenz ist noch dünn besetzt. Für den Sommer wird es dichter. Es ist wichtig, dass wir dort, wo die letzten Atomwaffen in Deutschland lagern, Präsenz und gewaltfreien Widerstand zeigen. Der INF-Vertrag steht vor dem Aus. Es ist wichtig, dass wir uns für seinen Erhalt einsetzen und aufzeigen: Abrüstung schafft Sicherheit. Wir dürfen keine Ruhe geben. Die Aktionen in Büchel zeigen Wirkung. Polizei und Staatsanwaltschaft versuchen so wenig wie möglich vor die Gerichte zu bringen. Man will so Öffentlichkeit und weitere Mobilisierung vermeiden, aber das geht nicht mehr, denn der Widerstand wächst. Vor allem die Go-ins zeigen Wirkung. Es gibt Gerichtsverhandlungen und wieder eine Haftstrafe. Im FreiRaum sind die juristischen Folgen der Aktionen das Schwerpunktthema. Der Zaun wird erneuert, um das Eindringen zu erschweren. Das sind nicht die Wirkungen die wir erzielen wollen, aber sie bilden die Basis, um unsere öffentliche Wahrnehmung zu verstärken. Nicht wir, sondern die Atombomben sind die Gefahr. Und die Kündigung des INF-Vertrags erhöht die Gefahr eines neuen ungebremsten atomaren Wettrüstens. Das sollen die jungen Menschen nach New York in die UNO transportieren, wir können sie unterstützen durch unsere Spenden oder indem wir sie zu Veranstaltungen einladen, wenn sie zurück sind.

Mit herzlichen Grüßen



Wolfgang Schlupp-Hauck [wsh]



Maryia und Arailym

Foto: WSH

## Mit neuer Kraft ins neue Jahr

**Arailym Kubajewa hat im Januar ihre Arbeit bei uns aufgenommen, obwohl sie mit den Prüfungen für ihr Studium in Tübingen noch nicht ganz fertig ist. Ihren ersten öffentlichen Auftritt wird sie als Rednerin beim Ostermarsch in Ellwangen haben.**

Ansonsten besteht ihre Hauptaufgabe in nächster Zeit in der Vorbereitung zweier wichtiger Projekte. Das Erste ist die Jugendaktionsreise zur UNO nach New York, wo die Überprüfungsverhandlung des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen stattfindet. Arailym war vor kurzem mit Wolfgang und mit den 18 weiteren Teilnehmern der Aktionsreise Cochem und Büchel, wo die ersten Absprachen getroffen wurden. Dabei hat Wolfgang ihr das Projekt übergeben. Nun muss sie eine Menge organisieren: die Akkreditierung bei der UNO, die Vorbereitung und Organisation von Gesprächen mit Diplomaten, aber auch das Besorgen von Unterkunft und Verpflegung. Das macht sie

gemeinsam mit Kathi Müller von der DFG-VK. Das zweite Projekt ist das internationale Workcamp, das Anfang Juli wieder zum Teil in Mutlangen, zum Teil in Büchel stattfinden wird.

Wir sind allen Spendern und Spenderinnen sehr dankbar, die es uns ermöglicht haben, dass wir Arailym anstellen können. Um die Stelle dauerhaft zu sichern, sind wir allerdings dringend auf weitere Spenden angewiesen. Angesichts der politischen Entwicklungen ist der Einsatz für Abrüstung der Atomwaffen und für ein Atomwaffenverbot dringender denn je, und wir sind überzeugt, dass Arailym dafür die richtigen Voraussetzungen mitbringt. **Lotte Rodi**

## Warum ich ein Praktikum in der Friedensarbeit mache

**Als ich mich für Politikwissenschaften entschied, betrachtete ich mich nicht als Aktivist. Ich komme aus Weißrussland, also von außerhalb der EU. Ich finde es wichtig, Prozesse und Triebkräfte des politischen Lebens in der EU sowie den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Entscheidungsfindung zu verstehen.**

Das Thema nukleare Abrüstung war Teil meines Studiums. Eines der Dinge aus meinem nationalen Erbe, auf das ich stolz bin: Belarus hat keine Massenvernichtungswaffen. Durch meine gute Freundin Marzhan, die für das Parlamentarische Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) sowie das Abolition 2000 Youth Network arbeitet, wurde ich inspiriert. Mir wurde klar, dass ich nicht nur mit Forschung zum Thema beitragen möchte. Der ständige Nachrichtenfluss, insbesondere aus den USA, über die Drohungen der Regierung, den INF-Vertrag aufzugeben, tat ein Übriges. Marzhan gab mir einen Hinweis auf die Friedenswerkstatt in Mutlangen, und ich schlug ein neues Kapitel in meinem Leben auf.

Als erstes bekam ich die Möglichkeit, in Berlin bei einem Treffen im Auswärtigen Amt und in der russischen Botschaft mir erste Einblicke zu verschaffen. Der zweite Schritt war die Teilnahme am

Kampagnenrat in Mainz. Dort habe ich engagierte Menschen getroffen, die mich davon überzeugt haben, dass harte Arbeit, Begeisterung und Leidenschaft für den Wandel in der Welt tatsächlich Auswirkungen haben können. Ich verstand auch, wie wichtig es ist, die Aufmerksamkeit der Jugendlichen auf die Bewegung zu lenken und sie einzubinden.

Alle meine Bestrebungen wurden noch stärker, als ich schließlich nach Mutlangen kam und die Mitglieder der Friedenswerkstatt traf. Ihr Mut, Engagement und Energie sind wirklich erstaunlich. Als jemand, der bisher nur theoretisches Wissen über das Thema hat, lerne ich, wie man sein Herz und Seele in die nukleare Abrüstungsbewegung steckt und die Ideen des Friedens verbreitet.

Mit Inspiration und Optimismus beginne ich mein Praktikum und freue mich, mit nach New York zur UNO zu dürfen. **Maryia Shapaval**

# Über Büchel nach New York

**Alle fünf Jahre treffen sich die Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages zu Überprüfungs Konferenzen in den Gebäuden der Vereinten Nationen. Dieses Jahr tagt in New York die dritte Vorbereitungs-kommission. Die DFG-VK und die Friedenswerkstatt Mutlangen ermöglichen 19 jungen FriedensaktivistInnen an den Verhandlungen teilzunehmen.**

Vor unserer Reise kam unsere Gruppe in Cochem an der Mosel zusammen - wenige Kilometer vom Fliegerhorst Büchel entfernt.

Da die jungen engagierten TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland kommen und sich nur die wenigsten untereinander kannten, stand in den ersten Stunden unseres Treffens jedoch erst einmal eine ausgiebige Kennenlernrunde auf dem Programm. Bei Kaffee und Gebäck hatte ich die Gelegenheit, mehr über die verschiedenen Hintergründe und die persönliche Motivation der Teilnehmer zu erfahren. Auf den ersten Blick könnte unsere Gruppe kaum verschiedener sein. Doch ob aus dem kleinsten Dorf am Rheinufer, der Großstadt Berlin oder Kasachstan, ob mit einem Abschluss in Physik, Medizin oder Konfliktstudien oder einem Semester Jurastudium: Uns alle verband ein Interesse an friedenspolitischen Themen und die Bereitschaft für eine atomwaffenfreie Welt einzutreten.

Zur inhaltlichen Vorbereitung trafen wir am Abend Wolfgang Schlupp-Hauck von der Friedenswerkstatt Mutlangen. In seinem Vortrag erzählte er uns aus seinem wertvollen Erfahrungsschatz und gab uns viele wichtige Tipps und Informationen über das was uns schon in wenigen Wochen erwarten wird: Den Ablauf der Konferenz, dem Dialog mit Entscheidungsträgern, der Öffentlichkeitsarbeit und den Aktionen der letzten Jahre. Nach mehreren Stunden wertvollem, aber ermüdendem Input, verlegte ein Teil unserer Gruppe ihre Diskussionen in einen Cochemner Pub und probierte den ein oder anderen lokalen Wein.

Am nächsten Morgen erwartete uns nach einem ausgiebigen Frühstück schon bald der Bus nach Büchel, wo wir am Auftakt der diesjährigen Aktionspräsenz teilnahmen. Oben angekommen trafen wir auf alte Veteranen der Friedensbewegung, beteiligten uns an den Redebeiträgen und gaben der angereisten Presse Interviews.

Auf der Rückreise im Bus sah ich aus dem Fenster auf das unscheinbare Gelände, das von einem kaum mehr als 2 Meter hohen Zaun geschützt wurde. Ich stellte mir vor, wie hier jeden Tag tausende Menschen sorglos ihrem Alltag folgen und sich darüber beschwerten, dass ein paar „Spinner“ gegen ihre Arbeitsplätze demonstrieren oder dass sie durch die spontanen Blockaden vor dem Tor wohl eine Viertelstunde zu spät zur Arbeit kommen. Ich dachte an die abfälligen Blicke der SoldatInnen, die an der Friedenswiese vorbeifuhren. Erst vor wenigen Stunden las ich einen Text über das unbeschreibliche Leid, dass die eingesetzten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki verursachten. Ich dachte daran, dass die in Büchel gelagerten Bomben deren Sprengkraft bei weitem übertreffen, dass in Berlin gerade darüber nachgedacht wird nagelneue Bomber zu bestellen, um diese auch noch lange jederzeit einsatzbereit zu halten. Ich denke meine Erlebnisse in Büchel werden mich noch lange nachdenklich machen.

Wieder angekommen in unserer kleinen Jugendherberge wartete Regina Hagen mit einem Vortrag über Abrüstungsverträge auf uns. Regina Hagen ist Expertin für die Abrüstung von Atomwaffen, Raketenabwehr und Weltraumrüstung und arbeitet momentan für die Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“.

Aus Cochem und Büchel nehme ich viel Gutes mit: Neue Bekanntschaften, neue Eindrücke und neuen Mut mich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.

## Markus Hornberger

Mitglied der Jugenddelegation



Die Jugenddelegation: Ende März in Büchel, Ende April in New York

Foto: DFG-VK

**Fortsetzung von S. 1** → Das Netzwerk Friedenskooperative analysiert: Diese internationale politische Konstellation ist veraltet. Moskau und Washington warfen sich gegenseitig Vertragsbrüche vor. Atomwaffengegner fürchten ein neues nukleares Wettrüsten in Europa, seit Russland und die USA mit der Ankündigung einer Wiederaufnahme von Forschung und Modernisierung der Kurz- und Mittelstreckenraketen reagiert hatten. So erklärten die USA, bis 2023 etwa vier Milliarden Dollar in die Modernisierung der Nuklearwaffen des Typs, der in Büchel stationiert ist, zu investieren.

Deutschland ist ein nuklearer Teilhabestaat. Etwa 20 US-Atombomben liegen nach Informationen von Friedensforschern in Büchel - mit jeweils der vier- bis maximal 13-fachen Sprengkraft der Bombe, die 1945 in Hiroshima über Hunderttausend sofort oder durch Langzeitfolgen tötete. Im Ernstfall ist die deutsche Luftwaffe beauftragt, sie einzusetzen. Hierzu müssen diese vom Präsidenten der Vereinigten Staaten freigegeben werden. Weltweit gibt es noch mehr als 15.000 Atomwaffen, die Atomwaffenstaaten rüsten qualitativ auf. Diese Anzahl von atomar bestückten Waffen steigt zwar nicht, allerdings bringt die verbesserte technische Aufrüstung der Waffen eine ernst zu nehmende Verschärfung der Lage mit sich.

## »FREE CLARA«

Die AktivistInnen in Büchel halten Buchstaben in die Höhe. Auf ihnen steht: „Free Clara“. Die Aktivistin aus Lüneburg hatte 2016 mit Weiteren die Startbahn des Fliegerhorstes besetzt, „um dort die regelmäßigen Übungen für den Atomkrieg zu stören“, wie sie in einem Interview erklärte. Daraufhin wurden sie wegen Hausfriedensbruch zu 30 Tagessätzen verurteilt - der Großteil wurde von UnterstützerInnen übernommen. Doch Clara möchte die Geldstrafe nicht zahlen und entschied sich stattdessen für eine Ersatzfreiheitsstrafe vom 21. bis zum 28. März, „um noch ein stärkeres Zeichen zivilen Ungehorsams gegen Atomwaffen und für eine friedlichere Welt zu leisten. Wir tun nichts Unrechtes, wenn wir uns gegen Atomwaffen einsetzen.“ Daher konnte sie auch bei dem Demo-Auftakt nicht persönlich dabei sein, ließ aber ein Statement verlesen. In diesem machte sie deutlich: „Ich bin Teil einer ganzen Bewegung, die sich seit Jahrzehnten dafür einsetzt, dass endlich Schluss ist mit den Massenvernichtungswaffen!“

Ein kleiner Teil dieser Bewegung kämpfte an diesem 26. März für ein großes Ziel: Frieden für Büchel und Frieden für die ganze Welt.

## Mandy Lüssenhop

Mitglied der Jugenddelegation

## „Christliche Friedensarbeit hat Geschichte“

Eine Tagung in Bonn wirft Blick zurück, fragt aber auch nach künftigen Herausforderungen. „Ein wichtiger Grund für die Gründung der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, AGDF, 1968 war die Erkenntnis, dass der Friedensdienst ohne Waffen dem Militärdienst nicht gleichgestellt und auch gesellschaftlich nicht anerkannt war“, erklärte Ulrich Luig, frühere Mitglied im AGDF-Vorstand. Es sei um den Aufbau professioneller Strukturen gegangen und die Akzeptanz des Friedensdienstes in Politik, Kirche und Gesellschaft. „Und dann war man plötzlich Friedensbewegung“, meinte Jannis Gebken mit Blick auf die 1980er Jahre, als die AGDF ein wichtiger Bestandteil der westdeutschen Friedensbewegung wurde. „Der Verband war nun maßgeblich beteiligt an der politischen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss und die Atomrüstung in Europa. Und gerade die Großdemonstration im Oktober 1981 im Bonner Hofgarten wurde zu einem identitätsstiftenden Mythos der AGDF

Andreas Zumach, Mitorganisator der Bonner Demonstration, Wolfgang Schlupp-Hauck von der Friedenwerkstatt Mutlangen und Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperation verwiesen auf die neuen Gefahren eines Atomkrieges nach Kündigung des INF-Vertrags und die vorhandenen Parallelen in den politischen Argumentationen für neue Atomwaffen. Dies müsse die Friedensbewegung wieder stärker in der Öffentlichkeit deutlich machen, forderten sie. Gleiches gelte für die zivile Konfliktbearbeitung, unterstrichen Bernd Rieche von der AGDF und Dr. Reinhard J. Voß, der Vorstand des internationalen christlichen Friedensdienstes EIRENE. Deren Entwicklung gehörte zu den großen Herausforderungen nach Ende des Kalten Krieges. Nach dem Mauerfall 1989 kamen in der AGDF Ost- und West-Friedensgruppen zusammen. Viele hatten auch schon vor der Wende zusammengearbeitet, kannten sich.

50 Jahre nach ihrer Gründung ist für Christine Busch, die AGDF-Vorsitzende, jedenfalls klar: „Die AGDF ist rege und rüstig, sie ist erfahren und lebendig, sie ist lernfähig und wissbegierig, sie ist kompetent und konstruktiv.“ **Dieter Junker**



Clara Tempel beim Haftantritt

Foto: JunepA

## Widerspruch – vom Atomwaffenlager bis in den Gerichtssaal

**Am 16. September 2016 besetzten neun Personen im Rahmen einer größeren JUNEP-A-Protestaktion am Atomwaffenlager Büchel die Landebahn des Fliegerhorstes. Wir wollten gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am Atomkrieg mit einer weiteren Eskalationsstufe des Zivilen Ungehorsams protestieren. Die anschließenden Prozesse vor dem Amtsgericht Cochem wurden gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. In einem der Schlussworte hieß es: „Was wäre, wenn alle so handeln würden wie wir? Dann wäre die Start- und Landebahn 24h rund um die Uhr besetzt. Es könnten keine Tornados starten oder landen; es könnten keine Atombombeneinsätze mehr geprobt werden; die Bedrohung wäre gebannt.“**

Diese „Vision“ war der Anstoß, die Prozesskampagne Widerspruch zu gründen, um durch kollektive Strukturen das persönliche Risiko an Geld und Zeit so zu minimieren versuchen, dass sehr viel mehr Menschen sich in Zukunft trauen, sich an solchen Aktionen zu beteiligen und auch die juristische Auseinandersetzung nicht scheuen müssen. Wir wollen möglichst viele Prozesse vor das Bundesverfassungsgericht bringen.

Die Fragestellung: Ist angesichts des permanenten gefährlichen Bruchs mit dem Völkerrecht, der durch die atomare Teilhabe von der Bundesregierung aktiv betrieben wird, Ziviler Ungehorsam von unserer Verfassung als Mittel der Notwehr einzelner Bürger gedeckt und ist es nicht zwingende Aufgabe der verfassungsmäßigen Organe, hier das Bundesverfassungsgericht, diesen Völkerrechtsbruch zu unterbinden?

Wir sind uns im Klaren, dass wir das nicht allein und isoliert schaffen, deshalb haben wir die Prozesskampagne ins Leben gerufen.

Zum aktuellen Stand in unserer Prozessgruppe: Die erste Prozessgruppe ist mit allen juristischen Instanzen durch und hat die erste Verfassungsbeschwerde eingelegt. Diese hat aber keine aufschiebende Wirkung zur Begleichung der festgesetzten Strafe. Um der Justiz und Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir stellvertretend für viele gehandelt haben, haben wir öffentlich die Tagessätze an Unterstützer „verkauft“ und sie aufgefordert, diesen „Akt der Strafvereitelung“ auch in einer persönlichen Mitteilung an die Justizkasse zu begründen.

Ins Gefängnis für eine Atomwaffenfreie Welt: „Ich sehe keinen Grund dafür, die Geldstrafe zu bezahlen. Ich habe nichts Unrechtes getan, als ich deutsche Soldat\_innen davon abgehalten habe, einen völkerrechtswidrigen Atomkrieg vorzubereiten“. So Clara Tempel zu ihrer Entscheidung, ihre noch restlichen Tagessätze in eine „Ersatzfreiheitsstrafe“ umzuwandeln.

Wir sind der Meinung: Mit einem Gefängnisauferhalt können wir das Thema Atomwaffen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und gleichzeitig andere Menschen dazu ermutigen, auch Aktionen Zivilen Ungehorsams zu machen. Denn wenn ein Gerichtsverfahren und auch das Gefängnis nichts mehr ist, was uns Angst macht, können wir genau die Gewaltfreien Aktionen machen, die wir für richtig und wichtig halten und die notwendig sind in dieser Welt.

**Ernst-Ludwig Iskenius**

**Wer regelmäßig über den Fortgang dieser Prozesse und weiteren Schritten in dieser Widerspruchskampagne informiert werden möchte, kann ihn unter dem folgenden Link kostenlos bestellen: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/widerspruch-info>**

Im Ostalbkreis sind die Städte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd und weitere Gemeinden Mitgliedsorte des Bündnisses Mayors for Peace. Die Kündigung des INF-Vertrages war Ende Februar Anlass für ein Pressegespräch im Landratsamt. Oberbürgermeister Hilsenbek berichtete vom Ellwanger Ostermarsch und von der seit 2001 wöchentlich in Ellwangen stattfindenden Mahnwache. Aalens Erster Bürgermeister Wolfgang Steidle sprach über das FriedensarbeiterInnenprojekt der Pressehütte Mutlangen und die dadurch ermöglichten Ost-West-Begegnungen junger Menschen. Katharina Aubele, Leiterin der Stabsstelle Internationalität in Schwäbisch Gmünd, stellte die Radtour anlässlich des Flaggentags der Mayors for Peace vor. Die Route wird über das Gelände der Remstal-Gartenschau führen.



Lotte Rodi, Carola Moser, Wolfgang Schlupp-Hauck (Friedenswerkstatt Mutlangen); OB Karl Hilsenbeck, MdB Margit Stumpp, Landrat Klaus Pavel, BM Wolfgang Steidle, Katharina Aubele. (v.l.n.r.)

Foto: Pressehütte

## No: Keine neuen US-Atomwaffen! Njet: Keine nukleare Aufrüstung in Russland! Nein: Keine Atomwaffen in Büchel!

Landrat Klaus Pavel, Mitunterzeichner des Mutlanger Manifests, warnte vor neuen Atomraketen und stellte die Aktion „No! Nein! Njet! Abrüstung schafft Sicherheit“ vor: Mit Postkarten an den US-amerikanischen sowie den russischen Botschafter in Berlin sollen deren Regierungen dazu bewogen werden, den INF-Vertrag zu retten und die nukleare Abrüstung voranzutreiben. Beim Pressegespräch bezogen mit Margit Stumpp (Grüne), Christian Lange (SPD) und Roderich Kiesewetter (CDU) auch drei Bundestagsabgeordnete Stellung. Margit Stumpp, die persönlich vor Ort war, bemängelte hierbei, dass die Bundesregierung von den USA Argumente für die Kündigung des INF-Vertrages und das geforderte Zwei-Prozent-Ziel der NATO kritiklos übernehme. Christian Lange teilte schriftlich mit: „Die Welt braucht keinen neuen Rüstungswettlauf!“

Roderich Kiesewetter betonte in seinem schriftlichen Statement einerseits, dass in der Vergangenheit „einseitige Abrüstungsschritte nicht zu mehr Sicherheit geführt haben“, aber schlug andererseits vor, Russland solle seine Mittelstreckenwaffen entweder abrüsten oder an Standorte östlich des Urals verlegen. Dagegen wünscht er sich von den USA lediglich, dass diese einer „umfassenden Inspektion ihrer konventionellen Raketenabwehranlagen in Osteuropa“ zustimmen. Dieser Positionierung widersprach Wolfgang Schlupp-Hauck von der Pressehütte Mutlangen. Er wies darauf hin, dass in Deutschland nur die Vorwürfe von US-amerikanischer Seite Gehör fänden, die der russische Seite hingegen nicht. Die Feindbilder aus dem Kalten Krieg wiederzubeleben könne keine Lösung sein.

Mein persönlicher Eindruck beim Pressegespräch war, dass sich auf der Ostalb die kommunalpolitische Ebene ebenso wie die Pressehütte entschieden gegen nukleare Aufrüstung positioniert. Ich hoffe, dass diese Stimmen auch auf Bundesebene gehört werden.

Als Teil der Jugenddelegation der Friedenswerkstatt Mutlangen und der DFG-VK darf ich dieses Jahr zur UNO nach New York reisen.

Carola Moser, Ellwangen

## NUKLEARE ABRÜSTUNGSVERTRÄGE

### ABM (gekündigt durch USA)

Anti-Ballistic Missile Treaty: Verbot von Raketenabwehr

### TPNW (noch nicht in Kraft)

Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons: Atomwaffenverbotsvertrag

### NVV (enthält Abrüstungsverpflichtung) Nichtverbreitungsvertrag

**INF (gekündigt durch USA und Russland) Intermediate Nuclear Forces: Abrüstung der atomaren Mittelstreckenwaffen**

### New Start (läuft 2021 aus)

Strategic Arms Reduction Treaty: Begrenzung der Sprengkopffzahlen,

### CTBT (von USA noch nicht ratifiziert)

Comprehensive Test Ban Treaty: Vollständiger Atomteststopp Vertrag



## DREI MAIL NEIN

Das drohende Aus des INF-Vertrages ist ein weiterer Schritt in die Richtung unkontrollierte Aufrüstung. Das Gebäude der nuklearen Abrüstungsverträge droht einzustürzen. Wenn es so weitergeht, dann ist in zwei Jahren der nukleare Nichtverbreitungsvertrag der einzige existierende Rüstungsbegrenzungsvertrag im atomaren Bereich, denn der New START läuft aus und ein Nachfolgevertrag wird bisher nicht verhandelt. Der NVV verlangt zwar – wie vom Internationalen Gerichtshof bekräftigt – Verhandlungen über die vollständige Abrüstung, aber der Begriff „in naher Zukunft“ ist so unbestimmt, dass in den 50 Jahren, in denen der Vertrag existiert, solche Verhandlungen noch nicht ernsthaft geführt wurden. Der Entwurf für eine Atomwaffenkonvention liegt vergessen in den Schubladen. Der Atomwaffenverbotsvertrag wird von den Atomwaffenstaaten und NATO-Mitgliedern boykottiert.

### Die technischen Aufrüstungen sind im Gange. Ein dreifaches Nein ist in Europa nötig:

- **Keine neuen Atombomben:** Die in Büchel gelagerten B 62 Bomben sollen durch neue B 61-12 Bomben ersetzt werden
- **Keine neuen Atombomber:** Für die neuen Bomben bräuchte es einen neuen Bomber.
- **Keine neuen Atomraketen:** Der Kündigung des INF-Vertrages könnte die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen folgen.

## JEIN!

**Einen Vorschlag zum Erhalt des INF-Vertrags, der Forderungen an Russland und an die USA stellt, haben der Aalener CDU-Abgeordnete Roderich Kieseewetter**

**und der Kölner SPD-Abgeordneten Rolf Mützenich gemacht. Kieseeweters Stellungnahme für das Pressegespräch in Aalen pendelt zwischen Kritik an der Aufrüstung und der Befürwortung einer Drohkulisse. Ein stark gekürzter Auszug:**

Das absehbare Scheitern des INF-Vertrages ruft Erinnerungen an die Zeiten der Blockkonfrontation wach. Es gilt eine vorurteilsfreie, unaufgeregte und klug abwägende Debatte zu führen – sowohl mit unseren engsten Partnern, als auch mit unserer Bevölkerung.

- Die NATO steht unter Handlungsdruck: Die USA haben ohne Rücksprache mit ihren Partnern den Ausstieg beschlossen und keine Folgemaßnahmen abgesprochen.
- Nur ein geeintes Vorgehen der NATO verhindert, dass Zonen unterschiedlicher Sicherheit im transatlantischen Bündnis entstehen.
- Sicherheits- und Abrüstungspolitik hängen eng miteinander zusammen: Durch beidseitige Abrüstung entstehen mehr Sicherheit, Vertrauen und Berechenbarkeit.

Zur Wahrheit gehört leider auch, dass einseitige Abrüstungsschritte nicht zu mehr Sicherheit geführt haben: Die Ukraine hat 1994 im Gegenzug zur Abgabe ihrer Atomwaffen, territoriale Souveränität und Selbstbestimmung von Russland im Budapester Memorandum zugesichert bekommen. Heute hat die Ukraine die Krim-Annexion, 13.000 Tote im Donbass und über 1,6 Millionen Binnenflüchtlinge bitter zu beklagen. Die Abrüstung der 1980er Jahre wäre nicht denkbar gewesen, wenn nicht auch die Handlungsbereitschaft der NATO gegeben wäre. In der UdSSR fanden keine Massendemonstrationen statt, welche die sowjetische Führung dazu veranlasst hätten, ihrerseits abzurüsten. Es war der

Zwang, an den Verhandlungstisch mit den USA zurückzukehren.

Ich habe deshalb eine Initiative vorgeschlagen: Russland muss die Bedrohung Europas durch seine neuen Mittelstreckenwaffen ausschließen – entweder rüstet es diese ab, oder es verlegt die Standorte ostwärts des Urals, so dass diese Europa nicht erreichen können. Mein Koalitionskollege Rolf Mützenich (SPD) unterbreitete denselben Vorschlag. Gleichzeitig, so unser Vorschlag, sollten die USA ihrerseits eine umfassende Inspizierung ihrer konventionellen Raketenabwehreinrichtungen in Osteuropa zulassen. Angesichts der veränderten geopolitischen Lage ist ein multilateraler INF-Vertrag in unserem Interesse, insbesondere muss China einbezogen werden. Russland wird wohl nicht auf seine neuen Systeme verzichten wollen. Deshalb kommt es darauf an, dass nachprüfbar die Bedrohung Europas ausgeschlossen wird. Eine nukleare Nachrüstung ist nicht in unserem Interesse – heutzutage sind eine Vielzahl militärischer Abwehr- und Gegenmaßnahmen denkbar.

Ich spreche mich dafür aus, in den anstehenden Monaten bis zu formellen Vertragsauflösung im August 2019 einen Dialog mit Russland zu führen, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken, Berechenbarkeit zu erhöhen und Weichen für ein multilaterales Vertragswerk zu stellen. Gleichzeitig muss aber auch Druck aufgebaut werden. Mit dem Verzicht auf jegliche militärische Gegenmaßnahme wird Russland in die Hände gespielt: Denn dies würde dazu führen, dass NATO-Partner im Osten, besonders Polen mit einer anderen Bedrohungsperzeption ihrerseits Atomwaffen auf ihrem Territorium fordern. Damit wäre die NATO gespalten und es würde völlig unsinnig die Verbreitung von Atomwaffen in Europa begünstigt werden. Das gilt es zu verhindern!

Mit den Argumenten, die für die Kündigung des INF-Vertrages angeführt werden, setzt sich Peter Schulz auseinander. Er kritisiert die Argumentationsmuster mit der Prädikantenlogik.

**Regel:** Nach dem INF-Vertrag dürfen Russland und die USA über keine landgestützten Mittelstreckenwaffen verfügen.

**Fall:** Russland stellt neue Marschflugkörper in Dienst.

**Schlussfolgerung:** Russland verfügt über landgestützte Marschflugkörper mittlerer Reichweite, die unter den INF-Vertrag fallen und so den INF-Vertrag verletzen.

Diese Art von logischen Begründungen ist in der Politik weit verbreitet. So wichtig wie diese Methode für die Gewinnung neuer Erkenntnisse ist, so unsicher ist sie in der Politik. Sie ist ein Wahrscheinlichkeitsschluss und kann damit auch falsch sein. Was ich damit meine, möchte ich an einem unpolitischen Beispiel zeigen:

**Regel:** In einem Zoo leben Braunbären.

**Fall:** Im Zoo wurde ein Bärenkind geboren.

**Schlussfolgerung:** Im Zoo gibt es einen Braunbären mehr. Der Irrtum könnte darin bestehen, dass es sich um ein Eisbärenjunges handeln könnte.

Mir sind auch schon technologische Argumentationen zu den neuen russischen Marschflugkörpern – nicht von Ihnen – untergekommen, die ich ebenfalls in das Korsett der Prädikantenlogik fassen möchte:

**Regel:** Die Marschflugkörper 9M728/9M729 und die BGM-109 TOMAHAWK haben in etwa die gleiche Länge und gleiches Kaliber.

**Fall:** Der Marschflugkörper BGM-109 TOMAHAWK verfügt über eine maximale Reichweite von 2500 km.

**Schlussfolgerung:** Die Marschflugkörper 9M728/9M729 fliegen auch über eine maximale Reichweite von 2500 km. Der Irrtum bestände darin, dass die Reichweite einer Rakete von deren Länge und Kaliber abhängt, in Wahrheit aber hängt sie von den Leistungsparametern des Triebwerks und dem Volumen des Brennstoffbehälters ab!

Wir sehen also, dass solche Argumentationen kontraproduktiv sein können. Es ist wichtig mit Russland zu sprechen, nicht nur über Russland. Es bleibt die Frage, wie der Westen nicht nur in der Frage des INF-Vertrages mit Russland umgehen sollte. Vielleicht ist an den Worten Dmitri Trenins, des Direktors des Moskauer Carnegie-Zentrums, etwas dran: „Der Westen muss aufhören, darüber nachzudenken, was für Russland gut ist, und sollte sich darauf konzentrieren, was gut für den Westen ist. Irgendwann könnte es ein überraschend großes Maß an Übereinstimmung zwischen beiden geben.“

**Peter Schulz** (Initiator und Mitorganisator der Veranstaltungen zum 25. Jahrestag des INF-Vertrages), Auszug aus einer Replik zu Roderich Kiesewetter



Es wird lange dauern, bis ein solches Bild mit Vertretern der hiesigen Friedensbewegung, ehemaligen sowjetischen Raketensoldaten und dem US-Generalmajor Haddock – ehemaliger Chef der Pershing-II-Truppen – wieder entstehen könnte (Foto: Pressehütte)

## Den INF-Vertrag retten, andere einbeziehen?

**Nur Russland und die USA sind durch den INF-Vertrag gebunden. Andere können atomare Mittelstreckenwaffen besitzen. Einen Vertrag zu kündigen, um ihn dann auszuweiten, macht keinen Sinn. Der deutsche Versuch, China in den Vertrag einzubeziehen, ist angesichts geopolitischer Interessen ein schlechter Witz, meint Florian Rötzer in Telepolis.**

Er begründet dies so: Die Diskussion über das angeblich drohende Wettrüsten nach der Aufkündigung des INF-Vertrags täuscht darüber hinweg, dass das nukleare Wettrüsten schon längst wieder begonnen hat. Den ersten Schritt machten die USA mit dem einseitigen Ausstieg aus dem ABM-Vertrag und dem Aufbau des Nationalen Raketenabwehrschields (NMD), das dann schnell exportiert wurde. Provokativ wurde noch unter George W. Bush damit begonnen, Raketenabwehrsysteme für Mittel- und Langstreckenraketen an der Grenze zu Russland einzurichten. In Asien hat sich vor allem Japan angesichts der möglichen Bedrohung durch Nordkorea, aber auch in Konkurrenz zu China unter den amerikanischen Schirm gestellt.

Als Reaktion auf die Nato-Osterweiterung entwickelte Russland Raketen, die das amerikanische Abwehrsystem überwinden können: Langstreckenraketen mit steuerbaren Mehrfachsprengköpfen oder Hyperschallraketen und -drohnen.

Russland hatte den USA schon lange vorgeworfen, dass das in Rumänien - und demnächst in Polen - eingerichtete landgestützte Aegis-System neben den „kill vehicles“ zum Abschuss von Marschflugkörpern, SM-3-Abfangraketen, auch Mittelstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen abgeschossen werden können. Das dort verwendete Mark 41 Vertical Launch System kann eben nicht nur zu defensiven Zwecken, sondern offensiv eingesetzt werde. Seine nach dem Hersteller Lockheed angepriesene „offene

Architektur“ soll viele defensive und offensive Raketen abfeuern können, neben SM-2, SM-3 oder SM-6 beispielsweise auch mit Nuklearsprengköpfen ausrüstbare Tomahawk-Raketen, die eine Reichweite von 1300 bis 2500 km haben.

Weder die USA noch Russland haben großes Interesse, weiter an dem INF-Vertrag festzuhalten. Es gibt eine ganze Reihe von Staaten, die wie Iran oder die Atomstaaten China, Nordkorea, Pakistan oder Indien Mittelstreckenraketen entwickeln und bereits einsatzbereit zur Verfügung haben. Gegenüber den 1980er Jahren, als der INF-Vertrag zustande kam, ist das nicht der einzige Unterschied. Mittlerweile können von U-Booten und Kriegsschiffen Mittelstreckenraketen, bei denen die Vorwarnzeit kaum noch eine nicht-automatische Reaktion erlaubt, abgeschossen werden. Das Verbot von landgestützten Raketen wird damit auch in Europa obsolet, sofern die seebasierten Raketen nicht einbezogen werden. Hyperschallwaffen werden zwingend autonome oder KI-Systeme erfordern.

### CHINA WILL AUSSEN VOR BLEIBEN

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz gefordert, dass man in Verhandlungen über ein neues Rüstungsabkommen China einbeziehen solle. Darin stimmte sie mit der Bundeskanzlerin überein. China winkte aber gleich auf der Sicherheitskonferenz ab. Diese Reaktion ist verständlich, denn vor den Küsten des →

AKTIONSTAG 1. JUNI 2019

## Reden statt Rüsten – INF-Vertrag retten! Wettrüsten stoppen!

→ Landes haben die USA – Frankreich und Großbritannien schließen sich jetzt an – eine starke Seestreitkraft aufgebaut, die China ähnlich eindämmen sollen, wie man dies bereits mit der Osterweiterung gegenüber Russland gemacht hat. Würde China auf landgestützte Mittelstreckenraketen verzichten, wäre es möglichen Angriffen von der See ausgeliefert, da sich die chinesische Marine noch im Aufbau befindet. Die chinesische Ex-Generalin Yao Yunzhu machte auch klar, dass sich China vor allem auf landgestützte Systeme stützt, weswegen es eine Asymmetrie zu Russland und den USA gebe. Atomwaffen seien für China zur nationalen Sicherheit und Abschreckung wichtig  
**Florian Rötzer**

Am 1. Juni 1988 trat der im Dezember 1987 von US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow unterzeichnete Vertrag über die „Intermediate Range Nuclear Forces“ (INF) in Kraft. Beide Seiten verpflichteten sich zur Vernichtung ihrer atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen. Dadurch verringerte sich für Europa und große Teile Russlands

die Gefahr eines Atomkrieges. Anfang Februar 2019 kündigte US-Präsident Donald Trump den Vertrag. Der russische Präsident Wladimir Putin setzte ihn daraufhin ebenfalls aus. **Wir rufen auf zu einem Aktionstag:** [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

## Keine neuen Atombomber!

Die Bundesregierung sucht nach einem Kampfjet-Nachfolger für den Tornado, der ab 2025 aus „Altersgründen“ ausgemustert werden soll. Ein neuer Atombomber wäre ein völlig falsches Signal.

Das bevorzugte Modell Eurofighter ist jedoch von den USA nicht für Einsätze mit nuklearen Waffen zertifiziert. Derzeit prüft die Bundesregierung den Kauf von rund vierzig US-amerikanischen F18-Kampfjets von Boeing, die zum Atombombenabwurf angeschafft werden sollen, da die aktuellen „Tornado“-Kampfjets nicht mehr für die neuen US-Atombomben vom Typ B61-12 geeignet sein werden. Ab 2021 wollen die USA diese neuen lenkbaren Atomwaffen in Büchel stationieren. Die F18 müsste allerdings ebenfalls noch zertifiziert werden. Deutschland kann sich nur glaubhaft für Abrüstung einsetzen, wenn es nicht länger an der nuklearen Teilhabe festhält. Wenn Außenminister Heiko Maas nach dem Aus des INF-Vertrages zu einer neuen weltweiten Abrüstungsinitiative aufruft, dann muss die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und darf keine neuen Atombomber anschaffen“, erklärt Martin Hinrichs, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland. Eine nukleare Aufrüstung

durch die Beschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge sei ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung und ein gefährlicher Beitrag im derzeitigen atomaren Rüstungswettkampf, so Hinrichs.

IPPNW-Vorstandsmitglied Inga Blum erinnert daran, dass sich der Bundestag vor 9 Jahren, am 26. März 2010, fraktionsübergreifend für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen hatte. „Mit einem Kauf von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen würde die Drohung mit Atomwaffen noch jahrzehntelang aufrechterhalten und der Abzug der in Deutschland stationierten Atombomben in weite Ferne rücken“, kritisiert Blum.

Zwei Drittel aller Bundesbürger sprechen sich laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsinstituts YouGov aus dem Jahr 2018 für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland sowie den Beitritt Deutschlands zum internationalen Atomwaffenverbot aus.

ICAN und IPPNW sowie die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK unterstrichen diese Forderungen vor dem Auswärtigen Amt bei einer Protestaktion mit einem Styropor-Modell des F18-Kampfjets.



Foto oben: Pressehütte, unten: ORL

▲ **Vertreter aus Mutlangen waren mit einer bundesweiten Delegation von Friedensbewegten kürzlich in Berlin zu Gesprächen im Auswärtigen Amt, der russischen und US-Botschaft, um für den INF-Vertrag und nukleare Abrüstung einzutreten. Wolfgang Schlupp-Hauck, der Vorsitzende der Mutlanger Friedenswerkstatt, organisierte eine Delegation mit Vertretern der Kampagnen „Büchel ist über all -atomwaffenfrei.jetzt“ und ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons). Sie führten Gespräche im Auswärtigen Amt und der russischen Botschaft. Die Tür der US-Botschaft blieb geschlossen. Aufgrund des Shut-Downs kam ein Gesprächstermin nicht zustande.**



Foto: ICAN



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG ([www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) und SPINNRAD ([www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)) beigelegt.

**Redaktion**  
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage [www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de) oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe bei:

**Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.**  
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71 - 7 56 61

**Spendenkonto**  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499  
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD63333  
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!



Vor dem Amtsgericht in Cochem (von links): Brigitte Janus, Herbert Römpf, Ariane Dettloff, Ernst Ludwig Iskenius, Susanne Großmann

Foto: Katja Tempel

## KLAGE GEGEN ATOMWAFFENPOLITIK

# Widerständige Alte verurteilt

Weil sie im Juli 2018 gemeinsam auf die Startbahn der Atombomben-Flugzeuge in Büchel gegangen waren, um den Übungsbetrieb der Bundeswehr-Tornados für den Atomkrieg zu stören, wurden sie wegen „Hausfriedensbruchs“ verurteilt.

Zu fünf saßen sie am 12.12.2018 im Amtsgericht in Cochem an der Mosel auf der Anklagebank: Redakteurin Ariane Dettloff, 74, aus Köln, die Ärztin Brigitte Janus, 67, aus Nürnberg, der Diakon Herbert Römpf, 78, aus Hilpoltstein, die pensionierte Grundschullehrerin Susanne Großmann, 67, aus Erlangen und der Arzt i.R. Ernst Ludwig Iskenius, 66, aus Rostock.

Die Atomwaffengegner\*innen beriefen sich auf einen „rechtfertigenden Notstand“ und klagten ihrerseits die Bundesregierung wegen ihrer widerrechtlichen „Nuklearen Teilhabe“ an, die sowohl gegen das Völkerrecht als auch das deutsche Grundgesetz als auch den NPT-Vertrag (Non Proliferation Treaty) verstößt. „Der hier in Büchel in der Eifel täglich von deutschen Soldaten mit US-Bomben geübte Atomkrieg ist ein Verbrechen an der Menschheit - sich dagegen aufzulehnen sollte Bürgerpflicht sein“ erklärte Ariane Dettloff. Susanne Großmann gab zu Protokoll: „Wenn mehr Menschen von der Anwesenheit von Atomwaffen in Deutschland wissen und die Gefahren eines möglichen Einsatzes erkennen, steigt meine Hoffnung, dass diese zunehmend geächtet und schließlich abgerüstet werden.“

Brigitte Janus erinnerte an die Verfassungsbeschwerde der Partei Die Grünen 1983. Das Gericht hatte diese als unbegründet abgelehnt, denn seit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland von 1955 besitze der US-Präsident die Hoheitsrechte zum Atomeinsatz von deutschem Boden aus. Vor allem wegen der Unberechenbarkeit des heutigen Präsidenten Donald Trump, führte Janus aus, werde einem dabei angst und bange. „Nicht umsonst haben die Atomwissenschaftler ihre symbolische Doomsday-Uhr auf zwei Minuten vor der atomaren Katastrophe gestellt. Nicht nur Büchel selbst, nicht nur Deutschland, nicht nur Europa, nein unser ganzer Planet ist in Gefahr, atomar ausstrahlt zu werden“, führte Ernst Ludwig Iskenius aus.

Und Herbert Römpf erklärte, es sei ihm unverständlich, „wie der Versuch zur Behinderung von Übungsflügen für einen Einsatz von Atombomben staatliche Sanktionen rechtfertigt, nicht jedoch die Bereithaltung dieser Massenvernichtungswaffen“.

Amtsrichter Michel aber konterte, Gesetz sei Gesetz und daher ohne Wenn und Aber zu befolgen. Er verurteilte alle wegen Hausfriedensbruch: in vier Fällen zu 30 und in einem („Wiederholungs-täter“) zu 60 Tagessätzen. Alle Beklagten legten Widerspruch ein.

**Ariane Dettloff**

Redaktion Contraste, Köln

### ZITATE AUS DEN EINLASSUNGEN

**„Ich räume ein, dass ich bewusst auf die Landebahn gegangen bin, bewusst den militärischen Übungsflug mit meinen Mitteln und mit meinen Möglichkeiten zu unterbinden versuchte und damit Hausfriedensbruch in einem besonderen militärischen Areal, dem Atomwaffenstützpunkt, begangen habe.“**  
(ERNST-LUDWIG ISKENIUS)

**„Der Gedanke an einen Atomwaffeneinsatz erschreckt mich so sehr, dass ich mich über ein Verbot, die Startbahn zu betreten, hinweggesetzt habe. Das Wissen um die Atomwaffen und die Übungen zu deren Einsatz lassen mir keine Ruhe. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, tatenlos diesen Gefahren ins Auge zu blicken.“** (SUSANNE GROSSMANN)

**„Für meine Übertretung des §123 StGB – »Hausfriedensbruch« – mache ich mein Recht auf Notwehr geltend: Meiner Auffassung nach ist unsere Regelübertretung als Aktion Zivilen Ungehorsams zur versuchten Abwendung eines vielfach größeren Unrechts angemessen.“**  
(ARIANE DETLOFF)

## Aktiv für ein Europa ohne Atomwaffen

Drei grüne Mitglieder des Europaparlamentes wurden in Kleine Brogel festgenommen. Die drei Abgeordneten sind am 20. Februar um 8.00 Uhr über den Zaun geklettert und protestierten mit zwei weiteren Aktivisten auf der Start- und Landebahn der „Vliegbasis Kleine-Brogel“. Dort lagern wie in Büchel 20 US-Atomwaffensprengköpfe und die belgische Luftwaffe stellt für die nukleare Teilhabe ihre F 16-Kampfbomber zur Verfügung. Molly Scott Cato aus Großbritannien, Michèle Rivasi aus Frankreich und Tilly Metz aus Luxemburg hatten den 3,5 Meter hohen Zaun überwunden bevor sie für eine halbe Stunde die Startbahn blockierten, dann wurden sie in Polizeigewahrsam genommen.



Dieses Foto verbreiteten die Abgeordneten über ihre Aktion auf Twitter

Vor dem Gelände demonstrierte eine weitere Gruppe, in der sich auch der österreichische Europaabgeordnete Thomas Witz befand. Auch diese Gruppe wurde von der belgischen Polizei in Gewahrsam genommen.

Ein Sprecher der Grünen bestätigte, dass die Aktion vor dem Hintergrund der Kündigung des INF-Vertrages stattgefunden habe. Mit der Aktion werde der Abzug der in Europa gelagerten Atomwaffen und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages gefordert. In Belgien sind Go-ins eine häufige genutzte Aktionsform. Für politisch motivierte Straftaten sieht das belgische mit Schöfften besetzte Gerichte vor. Deshalb hat die Staatsanwaltschaft in der Vergangenheit von Strafverfahren abgesehen. So werden spektakuläre Freisprüche wegen der Völkerrechtswidrigkeit der nuklearen Teilhabe vermieden.

Bei der Aktion waren aus den beiden europäischen Atomwaffenstaaten Abgeordnete dabei. Von den nuklearen Teilhabeländern Belgien, Deutschland, Niederlande und Italien leider keine. Wurden sie nicht angesprochen oder wollten sie nicht? **Wir werden im nächsten FreiRaum berichten.**

## Clara Tempel aus der Haft entlassen



Am 28.3.19 wurde die Abrüstungsaktivistin Clara Tempel (23) aus dem Frauengefängnis Hildesheim entlassen. Anlass der einwöchigen Haftstrafe war ihr Eindringen in den Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz, während Bundeswehrosoldaten den Abwurf von Atombomben übten.

Während Tempels Haft erreichten sie Solidaritätserklärungen aus dem Bundestag, von einer Demonstration am Atomwaffenstützpunkt Büchel sowie zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen. Schon in den ersten drei Tagen ihrer Haft erhielt sie 190 Briefe und Postkarten. Bei ihrer Entlassung wurde sie von 40 Atomwaffengegner\*innen wieder in Freiheit begrüßt. „Wir erleben einen neuen energischen Aufschrei gegenüber Atomwaffen,“ stellt Arvid Jasper als Pressesprecher der Prozesskampagne WiderSpruch fest. Tempels Haft ist die 25. aufgrund gewaltfreien zivilen Ungehorsams gegen die völkerrechtswidrige Lagerung von Atomwaffen in Deutschland.

Die Anti-Atomwaffen-Bewegung zeigt einige Parallelen zu der Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King. „So lange die Atomwaffen in Büchel nicht abgezogen sind, wird es immer wieder Menschen geben, die dort begrenzte Regelübertretungen begehen – und wie Tempel dann auch bewusst für ihre Überzeugungen ins Gefängnis gehen“ so Jasper. Denn neben Tempel gibt es zahlreiche weitere Menschen, die sich selbst zu jährlich mindestens einer Aktion gegen die Atomwaffen in Büchel verpflichtet haben.

**Arvid Jasper**  
JUNEPA



## Zunehmende Einschüchterungsversuche gegen Atomwaffen-AktivistInnen

**Während in den drei Jahren der 20-wöchigen Aktionspräsenzen in Büchel die gewaltfreien Blockaden und Go-ins zunächst keinerlei juristisches Nachspiel hatten, gibt es nun Bußgeldbescheide, Anklagen und Aufenthaltsverbote. Eine Bilanz von Marion Küpker.**

Neben vielen Blockaden und Mahnwachen verschafften sich über 58 Mal AktivistInnen in international zusammengesetzten Gruppen (aus Holland, Großbritannien, USA, Deutschland, Belgien, Frankreich) in den Jahren 2017 und 2018 „ungebetenen Einlass“ in den Atomwaffenstützpunkt.

In den letzten zwei Jahrzehnten kam es bei Go-ins regelmäßig in den Strafverfahren zu Geldstrafen von maximal 40 Tagessätzen: wegen Hausfriedensbruch und teilweiser Sachbeschädigung, sofern auch der Zaun durchtrennt wurde. Allerdings vermied die Staatsanwaltschaft letztlich immer, ausländische MitaktivistInnen anzuklagen.

### UNTERSCHIEDLICHES VORGEHEN: ANKLAGEN UND ANDROHUNGEN

So geschehen auch im aktuellen Prozess gegen Gerd Büntzly aus Herford, der in der Nacht zum 18.7. 2017 – mit vier US-AmerikanerInnen – eine aufsehenerregende Atombunker-Besetzung im Hochsicherheitsbereich Büchel durchführte. Während Gerd's Verurteilung in seiner Berufungsverhandlung im Januar 2019 im Grunde bestätigt wurde, erhielten die ausländischen Mittäter keine Anklage.

Zwei davon sind für Gerd's Prozesstermin angereist. Sie erhielten Warnungen durch Beamte vom Department of Homeland Security direkt am Flugzeug vor ihrer Ausreise. Für zukünftige Aktionen sollen sie in den USA Gefängnisaufenthalte und Geldstrafen zu befürchten haben. Susan Crane wurde auch bei der Einreise in Hamburg auf dem Flughafen von deutschen Polizeibeamten über eine Stunde befragt. Wenige Tage später erhielten beide, Susan und John, Besuch von zwei Polizeibeamten der Hansestadt, die ihnen ein Aufenthaltsverbot von zwei Wochen für das Gebiet um den Atomwaffenstützpunkt Büchel, verfügt durch die rheinland-pfälzische Polizei, überreichten.

### BUSSGELD STATT ANKLAGE

Zwei Tage vor der Aktion von Gerd Büntzly am Sonntag, den 16.7.2017, organisierten holländische „Catholic Workers“ in Büchel eine Andacht. Anschließend öffneten dann über 30 Friedensbewegte das Absperrgitter und drangen durch das dahinterliegende Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt ein.

Wegen dieser Go-in-Aktion wurden erst über ein Jahr später Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen unberechtigten Aufenthalts im Militärischen Sicherheitsbereich eingeleitet. Das Bonner "Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr" versandte Anhörungsbögen. Jetzt im Februar 2019 gingen erstmals Bußgeldbescheide jeweils über 150 Euro bei einigen ein.

Während diese Verfahren voraussichtlich wegen Verjährung eingestellt werden müssen, gibt es erste fristgerechte Ermittlungsbriefe wegen der Go-in-Aktion am 15.7.2018.

### STRAFBEFEHL UND BUSSGELD

Auch einzelne der OrganisatorInnen werden belangt: Gegen den IPPNW Arzt Ernst-Ludwig Iskenius wurde ein Strafbefehl von 70 Tagessätzen verhängt, weil er als Versammlungsleiter bei einer Aktion am 18.6.2018 TeilnehmerInnen nicht vom Blockieren des Fliegerhorsts abgehalten hätte.

Auch gegen mich laufen gerade drei Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Falschparkens auf einem Grundstück direkt an der Militärbasis, für das wir die Genehmigung des Pächters haben und wo unsere Mahnwache angemeldet ist.

Auch wenn es lächerliche Beträge sind, so zeigt sich doch in der Häufigkeit dieser Bescheide, dass die Vorgehensweise darauf abzielt, uns zu beschäftigen und einzuschüchtern. Je mehr Menschen sich davon nicht einschüchtern lassen und weiter aktiv protestieren, umso näher kommen wir unserem Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands als Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.

**Marion Küpker**

Internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen und Sprecherin der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!

# Materialangebot

Die Pressehütte Mutlangen bietet Mitgliedsorten von Mayors for Peace und Friedensgruppen für die Verwendung am Flaggentag der Mayors for Peace und anderen Anlässen folgende Materialien:



## ORTSSCHILDER ZUM ATOMWAFFENVERBOT

Digitaldirektdruck auf gelbe Hartschaumplatte 4 mm, 750 x 500 mm, auf Kontur gefräst, abgerundete Ecken

**Einzelpreis mit Versand: 45,00**



## FAHNEN ZUM DROHENDEN AUS DES INF-VERTRAGES UND DER STATIONIERUNG NEUER ATOMBOMBEN UND -RAKETEN

Größe wie Mayors for Peace Fahnen

**Einzelpreis mit Versand 45,00 €**

**Variante 1:** Hochflagge ca. 120x300cm aus bewährter Polyesterwerkware ca. 110gr m<sup>2</sup>, dreiseitig Doppelsicherheitsnaht, vom Betrachter links 4 Rostfreie Kunststoffhacken, Grund weiß, Digitaldampfrasterdruck Rückseite ca. Spiegelbildlich sichtbar

**Variante 2:** Auslegermastfahne ca. 120x300 aus bewährter Polyesterwerkware ca. 110gr m<sup>2</sup>, zweiseitig Doppelsicherheitsnaht, vom Betrachter links 4 Rostfreie Kunststoffhacken, oben Hohlraum für Ausleger bis Durchmesser 30mm Grund weiß, Digitaldampfrasterdruck Rückseite ca. Spiegelbildlich sichtbar

## FAHNE UND SCHILD GEMEINSAM

**Paketpreis Fahne und Ortschild: 80,00 €**

Sollten Sie noch eine Mayors for Peace Flagge benötigen, leiten wir Ihre Bestellung gerne nach Hannover weiter.



## UNSER MUT WIRD LANGEM – NICHT NUR IN MUTLANGEN

Die DVD gibt einen Einblick in den gewaltfreien Widerstand der Friedensbewegung in Mutlangen und Büchel. (Inklusive Bonusmaterial 57 Minuten) **12,- € zzgl. Versandkosten**

## BESTELLUNGEN

Richten Sie Ihre Bestellung möglichst bis zum 30. 4. 2019 an [sekretariat@pressehuette.de](mailto:sekretariat@pressehuette.de)

## Zum Weiterlesen im Internet:

Was Roderich Kiesewetter zum Pressegespräch im Landratsamt Aalen zum Mutlanger Manifest geschrieben hat und was Peter Schulz ihm entgegenhält finden Sie vollständig im Internet auf der Homepage der Pressehütte.

[www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de)

Wenn Sie wissen wollen was während der Aktionspräsenz in Büchel los ist, wo noch Lücken sind schauen Sie auf den Aktionskalender auf: [www.Büchel-atombombenfrei.de](http://www.Büchel-atombombenfrei.de)

Informationen zur Kampagne Büchel ist überall atomwaffenfrei. jetzt finden Sie auf der Homepage: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

und zu de Mayor for Peace [www.mayorforpeace.de](http://www.mayorforpeace.de)

## Atombomber Nein Danke!

Unterstützen Sie die Aktion von ICAN.

[www.atombomber-nein-danke.de](http://www.atombomber-nein-danke.de)

Wenn Sie Neues von der Jugenddelegation aus New York wissen wollen, wenn Sie eine/n Vertreter/in der Jugenddelegation zu einer Veranstaltung einladen wollen, schreiben sie an

[arailym@pressehuette.de](mailto:arailym@pressehuette.de)

## Bitte nutzen Sie auch unsere Beilagen:

- Die Aktionspostkarte von Ohne Rüstung Leben
- Den Überweisungsträger für kleine und große Spenden

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
 Atom- und Uranwaffen.  
 Für die friedliche Nutzung  
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

**Auflage:** 1000

**Herausgeber**  
 Pressehütte Mutlangen  
 Friedens- und Begegnungsstätte  
 Mutlangen e.V.  
 Forststraße 3  
 73557 Mutlangen  
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
 www.pressehuette.de  
 post@pressehuette.de

**Einzelheft:** Euro 3.-€ plus Porto

**Jahresabonnement:** Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und  
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 ist der Bezug im Mitglieds-  
 beitrag enthalten.

**Bankverbindungen**  
 nur für Abo-Gebühren:  
 Friedens- und Begegnungsstätte –  
 FreiRaum  
 Raiffeisenbank Mutlangen  
 DE90 6136 1975 0055 6280 10

**für steuerabzugsfähige Spenden:**  
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
 Kreissparkasse Ostalb  
 IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99  
 Stichwort: Spende FreiRaum  
 Bitte vollständige Adresse angeben!

**Redaktion**  
 V.i.S.d.P  
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)  
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58  
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
 Beiträge geben nicht unbedingt  
 die Meinung der Redaktion wieder.

**Satz und Layout**  
 Michael Heidinger Grafikdesign  
 www.michael-heidinger.com

**Druck**  
 UWS-Druck und Papier GmbH  
 70184 Stuttgart,  
 Telefon (07 11) 46 30 05  
 mail@uws-druck.de

ISSN 2509-7199

## Auf nach Büchel

Am 1. Juni 1988 trat der INF-Vertrag in Kraft.  
 Jetzt steht der Vertrag vor dem Aus. Eine neue  
 technische Aufrüstungsspirale bedroht uns.

**NO!**  
**NEIN!**  
**NJET!**

Abrüstung schafft  
 Sicherheit

### WIR WOLLEN IN BÜCHEL »NEIN« SAGEN

**NO!** zu neuen tech-  
 nisch aufgerüste-  
 ten B 61-12 Bomben  
 der USA und neuen  
 Atomraketen in Eu-  
 ropa,  
**NJET!** zu russischen  
 neuen Atomwaffen.  
**NEIN!** dazu dass die  
 Bundeswehr für die  
 US-Atombomben  
 Tornados bereit-  
 hält und durch neue

Atombomber ersetzen will;  
**ABRÜSTUNG SCHAFFT SICHERHEIT!** Wir fordern  
 einen neuen Ost-West-Dialog zur Vertrauensbil-  
 dung, dass weltweit alle Atomwaffen verboten  
 werden.

## Programmplanung

### SAMSTAG, 1. JUNI

- **19 Uhr Bericht aus New York** von den Ver-  
 handlungen zum nuklearen Nichtverbrei-  
 tungsvertrag mit TeilnehmerInnen der Ju-  
 genddelegation der Friedenswerkstatt Mut-  
 lungen und der DFG-VK.

### Sonntag, 2. Juni

- **9 Uhr Abrüstungspolitisches Frühstück**  
 Arbeitskreis Frieden der SPD Ostalbkreis  
- **11:30 Uhr Abrüstungsbrunch**, Friedenswerk-  
 statt Mutlangen  
- **15:30 Uhr Kaffee für konstruktive Konflikt-  
 bearbeitung**, Aktionsgemeinschaft Dienste  
 für den Frieden (AGDF). **Die Naturfreunde**  
**planen für diesen Sonntag eine Umwande-  
 rung des Fliegerhorstes.**

### Montag, 3. Juni

- **6 Uhr Aufstehen für den Frieden – sich der  
 Aufrüstung widersetzen**

### KONTAKT: PRESSEHÜTTE MUTLANGEN

maryia@pressehuette.de | Telefon 07171-75661  
 Forststr. 3, 73557 Mutlangen

